

### Die Rolle der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Die Geschichte der deutsch-polnischen Verhandlungen über eine endgültige Regelung der Wirtschaftsbeziehungen ist ein Nachkriegskapitel, das anscheinend niemals enden wird. Unter den verschiedenen deutschen Regierungen, die auf die verschiedensten deutschen Parteimehrheiten beruhten, gab es Bestrebungen in Polen. Man behauptet, daß es teils rechts orientierte Delegationen gewesen seien, teils links orientierte, die mit den Warschauer Delegierten verhandelten. Man sagt auch, daß all diese verschiedenen deutschen Wirtschaftskommissionen mit anerkannter Objektivität an die Behandlung der schwierigen Fragen gegangen seien. Und man weiß heute nur das Eine, daß es all diesen Bemühungen der deutschen Regierungen niemals gelungen ist, mit Warschau zu einer Einigung zu kommen. Man hat hier zu beachten, daß Deutschland nach dem Friedensschluß mit fast allen seinen Nachbarn, auch mit denjenigen Staaten, mit denen es einst im Kriege stand, Wirtschaftsbeziehungen geknüpft hat, die alle zu recht befriedigenden Ergebnissen führten. Wenn man sich so vor Augen hält, daß es Deutschland gelang, mit allen Staaten die normalen Wirtschaftsbeziehungen wiederherzustellen, nur mit Polen nicht, so wird man awangsläufig zu einer Erkenntnis geführt, die die Qualität des polnischen Verhandlungspartners in ein nicht gerade günstiges Licht setzt. In den letzten Jahren hat die Reichsregierung des öfteren hinreichend triftige Beweise gegeben, daß es ihr mit der Wirtschaftsverhandlung mit Polen wirklich ernst ist. Es sei hier auf das Eingreifen des Reichsaussenministers Dr. Stresemann in Genua hingewiesen, auf die Kompromisse in der Frage der polnischen Jontenverordnung und auf all die Bestrebungen der deutschen Stellen, die Voraussetzungen für eine freierliche Verhandlung zu schaffen. Alle Mühe war vergebens. Zum soundboviesten Male sind die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wieder resultatlos abgegangen. Zum soundboviesten Male wiederholt Warschau die alten Anklagen über ein angeblich unaufrechtes Verhalten der deutschen Delegation, der ein bewußtes Verschleppen der Verhandlungsmöglichkeiten vorgeworfen wird.

Es soll ausgegeben sein, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen sich mit einer Materie befassen, die von Natur aus schwieriger zu bearbeiten ist, als die Fragen, die mit anderen Nationen geklärt werden mußten. Polen ist hauptsächlich ein Agrarland, was besagt, daß es im Interesse Polens liegt, von Deutschland wichtige deutsche Agrarprodukte zu erhalten. Dieses polnische Interesse wird auch von deutscher Seite durchaus anerkannt. Deutschland ist also prinzipiell geneigt, und dies trotz der außerordentlich schwierigen Lage der deutschen Landwirtschaft, Polen Exportmöglichkeiten für Vieh und Landwirtschaftsprodukte zu eröffnen. Nur über die Frage des Ausmaßes dieser Möglichkeiten wird man sich nicht einig. Um die augenblickliche kritische Lage der deutsch-polnischen Verhandlungen zu erkennen, vergegenwärtige man sich einmal die polnischen Forderungen und die deutschen Interessen, die diesen Forderungen entgegenstehen. Polen verlangt also ein Importkontingent von 600 000 lebenden Schweinen, die freie Einfuhr von Schweinefleisch, ein bestimmtes Importkontingent für Kornvieh und dann eine Erhöhung des im Rahmenabkommen vorgegebenen Kohlenkontingents. Wenn man sich die kritische Lage der deutschen Landwirtschaft, insbesondere der durch den Korridor und die willkürliche Grenzschließung äußerst gefährdeten Landwirtschaft Ostpreußens, vor Augen hält, so wird man ohne weiteres zugeben müssen, daß Deutschland dieses polnische Verlangen nicht auf akzeptieren kann. Die deutsche Antwort auf die polnischen Bedingungen lautet ungefähr wie folgt: Zu einem bestimmten Importkontingent von lebenden Schweinen erklärt sich das Reich prinzipiell bereit, wenn auch die polnische Forderung in der angegebenen Höhe für Deutschland unbillig ist. Ganz entschieden wendet sich jedoch das Reich gegen den Import polnischer Schweine auf dem Landwege. Deutschland hat bekanntlich sehr streng umschriebene veterinäre Bestimmungen, die bei einem Import von Vieh auf dem Landwege unmöglich durchgeführt werden könnten. Deutschland muß daher darauf bestehen, daß der Import von lebendem Vieh auf dem Seewege erfolgt, d. h. über die deutschen Seehäfen Hamburg oder Bremen oder Lübeck. Im übrigen spricht es sehr für die deutschen veterinär-hygienischen Bestimmungen, wenn Polen keine Importforderung auch damit stellt, daß sein eigener Export nach Desterreich und der Tschechoslowakei gefährdet würde, wenn den polnischen Schweinen die Einfuhr nach Deutschland unterzagt würde. Diese polnische Behauptung ist schon dadurch hinwiegend, daß Deutschland sich ja im Verlaufe der Verhandlungen ein bestimmtes Importkontingent für lebende Schweine zugesprochen hat.

Bei einer ganz objektiven Betrachtung dieser rein sachlichen Differenzen ergibt sich von selbst die Erkenntnis, wie schwierig und kompliziert die ganze Materie ist. Geradezu hoffnungslos und trübselig werden alle diese Fragen aber erst durch die Einstellung der Warschauer Delegation und der polnischen Presse zum gesamten Problem. Wer in der letzten Zeit die Kommentare der Warschauer Blätter über den Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen durchgelesen hat, wird sich davon überzeugt haben, daß man in Polen anstelle einer sachlichen Behandlung des Problems eine rein politische Latzart aufzuführen läßt. Man greift in der unerhörtesten Weise die deutsche Delegation an, wirft dem deutschen Verhandlungsführer Dr. Dornes bewußte Sabotage und Unaufrichtigkeit vor, schleudert die ganze Anwesenheit überhaupt in das politische Fahrwasser. Daß solche Methoden nicht dazu beitragen können, eine rein sachliche Annäherung zu erzwängen, ist selbstverständlich. Offenbar besteht das Bemühen der Warschauer Behörden und der polnischen Presse auch nur darin, die Schuld für das Scheitern der Verhandlungen Deutschland zuzuschreiben. Es ist nicht anzunehmen, daß die Weltöffentlichkeit sich von diesen irreführenden Behauptungen Warschaws täuschen wird.

### Bavern und die Vorschläge der Reichsregierung.

München. (Telekon.) In der gestrigen Sitzung des Ausschusses der Länderkonferenz vorgelegten Entschlüsse der Reichsregierung bemerkt die Münchener Tageszeitung: Es sei bemerkenswert, in wie hohem Maße sich die Reichsregierung die bekannten Vorschläge des preussischen Bevollmächtigten Dr. Bredt zu eigen mache. Besondere Beachtung verdienen die Einstimmigkeit des Beschlusses, wonach also auch Reichspostminister Schädel, der der Bayerischen Volkspartei angehört, diese Vorschläge gebilligt habe. — Die bayerische Staatsregierung hebt nur hervor, daß der unitarische Charakter der Entscheidung den sofortigen Widerstand Bayerns gefunden habe. Aufwärtig nimmt dagegen die u. a. (Schreib): Man hat den Eindruck, als ob die Reichsregierung nicht den Willen hat, das Wort Bayern zu nennen. Dagegen ist äußerste

## Politische Rede des Reichstagsabgeordneten Scholz.

(Zitiert.) Im Großen Saal des Stollkasinos sprach Dienstag abend in einer vom Kreisverein Zittau der Deutschen Volkspartei einberufenen Versammlung Reichsminister a. D. Scholz über die politische Lage.

Der Redner gab einen kurzen Überblick über die augenblickliche politische Lage, in der sich Deutschland befindet, nachdem die deutsche Delegation von der Bitterhandlung in Genua, die wichtige Entscheidungen gebracht habe, zurückgekehrt sei. Es sei objektiv notwendig auszusprechen, daß auch durch Reichskanzler Müller die deutsche Nation in Genua in einer Weise vertreten worden sei, die der nationalen Würde Deutschlands vollkommen entspreche habe. Man könne ihm ebenso, wie der Auswärtige Ausschuss es getan habe, Dank dafür aussprechen. Die Stellung Deutschlands in Genua sei nicht leicht gewesen, und es müsse festgestellt werden, daß die deutsche Diplomatie einen Erfolg erzielt habe, denn das Problem der Gesamtregelung des Rheinlandes sei ausdrücklich durch die Mächte als ein zu diskutierendes Problem bezeichnet worden.

Ein anderes mindestens ebenso wichtiges Problem sei die endgültige Festlegung unserer Kriegsschulden. Deutschland habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß es zwar eine Regelung dieser Frage begrüße, daß aber seinerseits es nicht für zweckmäßig halte, diese Frage von sich aus anzuschneiden. Auch hierin habe Deutschland in Genua vollkommen das erreicht, was es wollte. Die Reparationsfrage sei dort von anderer Seite berührt worden. Das Problem sei in die internationale Diskussion gemorfen worden, mit dem Ziel einer möglichst baldigen Festlegung der Endsumme unserer Zahlungen.

Wenn man jedes dieser beiden Probleme gesondert betrachte, so glaube er, daß das deutsche Volk auf diplomatischem Wege erreicht habe, was es erreichen wollte. Allerdings seien mindestens zunächst äußerlich diese beiden Probleme mit einander verknüpft worden, und daraus könnten, wenn diese Verknüpfung aufrechterhalten bleibe, wesentliche Schwierigkeiten sich für uns entwickeln. Man müsse deshalb fordern, daß diese beiden Probleme getrennt von einander behandelt werden. Der deutsche Standpunkt sei vom Reichskanzler Müller mit aller Schärfe vertreten worden. Man habe von einem völligen Zusammenbruch der Vokaropolitik gesprochen, und nach der Rede Briand's in Genua konnte es den Anschein haben, als ob der Geist von Cocarno sich tatsächlich verflüchtigt habe.

Dem nächsten Beobachter müsse sich folgendes darstellen: Die Politik von Cocarno sei und bleibe die einzig richtige, weil sie die einzig mögliche für Deutschland sei. Nicht die Vokaropolitik habe Schiffbruch gelitten, sondern diejenigen Leute, die in die Vokaropolitik von vornherein utopische Hoffnungen gesetzt hätten. Wohin müsse die deutsche Außenpolitik künftig ihre Wege richten? Er glaube, man könne diese Frage mit einem Wort beantworten: nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Amerika sei einmal der Gläubiger fast der ganzen Welt infolge der großen Kriegsschulden, auf der anderen Seite sei auch Deutschland in großem Umfange an Amerika verschuldet. Wir hätten unsere Industrie und unsere ganze Wirtschaft in den vergangenen Jahren nicht aufrechterhalten können, wenn besonders die Kommunen nicht viele Milliarden Anleihen von Amerika erhalten hätten. Diese Doppelstellung Amerikas als Gläubiger sowohl der Sieger als auch der besiegten Staaten lege Amerika eine große Verantwort-

lichkeit und besonders auch Objektivität auf. Amerika habe ein großes Interesse daran, daß wir nicht von unseren direkten Gläubigern, wie England, Frankreich, Italien usw. erdrückt werden.

Der Redner kam dann auf die Frage der Koalition im Reich und in Preußen zu sprechen und knüpfte an das Ergebnis der Reichstagswahlen an, daß die große Koalition mit Einschluß der Deutschen Volkspartei sowohl im Reich wie in Preußen gerechtfertigt erscheinen lasse. Er betonte den Standpunkt der Deutschen Volkspartei, die an der Großen Koalition auch in Preußen festhalten müsse. Auf allen Gebieten könnte fruchtbarere Arbeit nur geleistet werden, wenn im Reich und in Preußen homogene Regierungen beständen. Die Deutsche Volkspartei habe von Anfang an auch erklärt, daß in die zu bildende Große Koalition auch die Wirtschaftspartei einbezogen werden müsse.

Hg. Scholz erklärte weiter, die Notwendigkeit eines gesetzlichen Verfassungsfestsetzung für unser neues Deutschland müsse man vernachlässigen.

Für den neuen Vangerkrenzer habe sich die Deutsche Volkspartei eingesetzt, da man auf die geringfügigen Rechte des Versailler Vertrages nicht verzichten dürfe.

In kurzer Zeit dürfte im preussischen Landtag eine Vorlage unterbreitet werden, die ein Konkordat des preussischen Staates mit der römischen Kurie enthalte. Dieses Konkordat scheine, nach dem, was bisher verlautbar wurde, für den preussischen Staat Verheerungen des bisherigen Zustandes zu bringen. In diesem Konkordat würden sogar die Schulen berührt. In dem Augenblick, wo das geschähe, entstände eine vollkommen neue Situation nicht nur, daß die Koalitionsverhandlungen erzwungen würden, sondern es würde auch die gegenwärtige Koalition in Preußen gesprengt werden, da die Demokraten antreten würden. Die Deutsche Volkspartei würde natürlich nicht die Aufgabe übernehmen, an der Stelle der Demokraten dem Ministerpräsidenten zu einem Konkordat zu verheissen.

Bezüglich des Verhaltens der Deutschen Volkspartei zum Stahlhelm bemerkte Scholz, er sei bis vor 10 Tagen Mitglied des Stahlhelms gewesen, den er als Aufrechterhalter des alten Frontgeistes und als Erwecker des nationalen Bewusstseins für notwendig gehalten habe. Der Stahlhelm sei aber nicht von seiner überparteilichen Haltung abgetrennt und in die politische Arena hinabgezogen. Das er damit in Konflikte mit verschiedenen Parteien geraten würde, war von vornherein klar. Unmöglich sei es für ihn, Scholz, als verantwortliches Mitglied der Deutschen Volkspartei gewesen, zwei Dingen zu dienen. Er habe sich deshalb vom Stahlhelm trennen müssen. Die Fraktionsvorsitze der Reichstags- und der preussischen Landtagsfraktion hätten dementsprechend, den Mitgliedern der Parlamente zu empfehlen, angesichts dieser politischen Haltung des Stahlhelms aus diesem auszutreten. Was dagegen die Volksparteiler, die nicht in ablegebenden Körvershalten tätig sind, anbelange, so hoffe man, daß durch deren Verbleiben im Stahlhelm dieser wieder auf den richtigen Weg zurückgeführt werde.

Der Redner gab dann der Ansicht Ausdruck, daß man auch in wirtschaftlicher Hinsicht wahrscheinlich schweren Zeiten entgegengehen werde und forderte zum Schluß auf, über allen Streit der Tages zwischen den einzelnen Parteien den großen nationalen Gedanken zu stellen.

### Die Zusammenlegung der Reparationskommissionen.

Berlin. Die Nachrichten über die Zusammenlegung der in Genua beschlossenen Kommissionen zur Revision des Dawesplanes laufen den Ereignissen voraus. Insbesondere wird dem Nachrichtenbüro des VDS mitgeteilt, daß noch nicht feststehen kann, ob der Reichsdeputationsrat Dr. Schacht an der Kommission teilnehmen wird. Diese Frage hängt in erster Linie davon ab, ob die anderen Staaten amtliche Vertreter ihrer Botschaften entsenden werden. Zunächst sind die Entschlüsse der Reparationsagenten Barter Gilbert abzuwarten. Die neue Reparationskommission soll ebenso wie fernerzeit die erste Kommission für die Aufstellung des Dawesplanes nicht aus amtlichen Vertretern, sondern aus hervorragenden Sachverständigen der Bank- und Industriewelt zusammengesetzt werden. Im Gegensatz zu der damaligen Kommission wird diesmal aber Deutschland als gleichberechtigter Partner mit seinen Sachverständigen an den Kommissionsarbeiten teilnehmen. Es ist anzunehmen, daß die Kommission mit ihren Arbeiten noch vor Weihnachten wird beginnen können. Die Kommission hat die Aufgabe, Vorschläge für die Neuregelung des Reparationsproblems zu machen. Die endgültige Entscheidung über die Lösung liegt aber bei den Regierungen der beteiligten Staaten. Amerika wird voraussichtlich offiziell nicht an den Kommissionsarbeiten teilnehmen und nur gewissermaßen als Beobachter zugegen sein.

### Belgien und die Reparationen.

Brüssel. Ministerpräsident Jadwar gab gestern Vorker Bilder zu Ehren ein Frühstück, an dem der Finanzminister, der Minister des Auswärtigen und der Rabbiner des des Außenministeriums teilnahmen. Vorker Bilder gab den Regierungsmitgliedern Kenntnis von seinen Unterredungen in London und Paris. Die belgischen Minister teilten ihm mit, ihre Regierung sei fest entschlossen,

### Neuer Wahltag der Seimatbewegung in Glas-Entbringen.

Der zweite Wahlgang der Generalratswahlen hat die Folge der Autonomien im ersten Wahlgang abgerufen. Im Autonomien seien 6 Mandate von 8 an die Autonomien und ihre Verbündeten. Besonders schwer wird von den autonomen Sozialisten die Niederlage des Straßburger Bürgermeisters und Abgeordneten Veitotes empfunden, der sein Mandat an den bekannten Kommunisten Ouber verloren hat. Im Oberland haben die Autonomien den Sozialisten das Gewerkschaftsmandat abgenommen. In Zukunft werden die Generalräte nicht mehr Sekundanten des Regierungsrates sein können. Der Straßburger Reichstagsabgeordnete verlegt in Zukunft nur über drei Mandate unter 18 für seinen autonomen Sozialisten Kurs. In Entbringen hat sich die Mehrheit der Neuwahligen für die Seimatbewegung und das von den Franzosen besetzte Zusammengehen mit dem Glas entschieden. Auch diese Wahlen zeigen wieder, daß es sich bei der Autonomiebewegung nicht um vorübergehende Stimmung, sondern um tiefenwurzeln Überzeugungen handelt.

### Das internationale Arbeitsamt und die Lage der geistigen Arbeiter.

Genf. Der vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes eingesetzte Ausschuss zur Untersuchung der besonderen Interessen und der Rechtslage der geistigen Arbeiter in bezug auf ihre Anstellungsverhältnisse hat in einer ersten kurzen Tagung, auf der Deutschland durch den Direktor der preussischen Staatsbibliotheken, Professor Kräh, und den deutschen Arbeiterdelegierten im Verwaltungsrat des Arbeitsamtes, Hermann Müller, vertreten war, beschlossen, daß die Frage der Konkurrenzklausel an einer internationalen Arbeitskonferenz behandelt werden soll, und zwar in dem Sinne, daß einerseits die Rechte der ausübenden Angehörigen und andererseits die notwendigen Voraussetzungen für die freie Konkurrenz gewahrt werden. Die fragliche Arbeitskonferenz wurde für Herbst 1931 festgesetzt. Über die sogenannte Gewerkschaft für berufstätige Journalisten beschränkte man sich in dem Bericht an den Verwaltungsrat vorerst auf die dokumentarische Wiedergabe der hierüber bestehenden Auffassungen.